

Absender:

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

20-13058
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Keine Privatisierung öffentlicher Flächen im Bahnhofsumfeld

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.03.2020

Beratungsfolge:

Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)

06.05.2020

Status

Ö

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)

07.05.2020

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

12.05.2020

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

19.05.2020

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Im Umfeld des Hauptbahnhofes werden grundsätzlich keine städtischen Flächen an Dritte veräußert.

Sachverhalt:

In einer Stellungnahme der Verwaltung (DS 20-12607-01) lässt die Verwaltung es offen, ob die im Rahmen der Umgestaltung zu bebauenden Flächen selbst (z.B. durch die Nibelungen-Wohnbau-GmbH) entwickelt oder an Dritte veräußert werden. Andere Aussagen, bspw. gegenüber der Braunschweiger Zeitung, lassen erkennen, dass ein Verkauf wahrscheinlich ist. Das würde dazu führen, dass die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten, die in Braunschweig ohnehin nur noch in sehr geringem Umfang vorhanden sind, weiter abgebaut werden. Dazu darf es nicht kommen, zumal es sich beim Bahnhofsumfeld um ein Gebiet mit strategischer Bedeutung für die Stadtentwicklung handelt.

Anlagen: keine